



UNIVERSITÄT
KOBLENZ · LANDAU

Universität Koblenz-Landau
Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Politikwissenschaft
Arbeitseinheit „Politisches System
der Bundesrepublik Deutschland“
Leitung: Prof. Dr. Manuela Glaab

Christina Hafkemeyer

Eine Chronik des Scheiterns – Falldarstellung der Jamaika-Sondierungen nach der Bundestagswahl 2017

Zitationshinweis:

Hafkemeyer, Christina (2018): Eine Chronik des Scheiterns – Falldarstellung der Jamaika-Sondierungen nach der Bundestagswahl 2017. Online verfügbar unter:
<https://www.uni-koblenz-landau.de/de/landau/fb6/sowi/pw/abteilung/politische-system-brd/caseteaching/case-jamaika>

Eine Chronik des Scheiterns – Fallstudie der Jamaika-Sondierungen nach der Bundestagswahl 2017

Christina Hafkemeyer

Als FDP-Chef Christian Lindner am 19. November 2017 kurz vor Mitternacht mit seinen Parteikollegen vor die Kameras trat und die Jamaika-Sondierungen mit dem Satz „Es ist besser nicht zu regieren, als falsch zu regieren“ für beendet erklärte, blieben schockierte Verhandlungspartner zurück. Die Vertreter von CDU, CSU und Grünen versuchten noch in der Nacht in der Landesvertretung von Baden-Württemberg, dem Ort der gescheiterten Verhandlungen, eine Erklärung für das Geschehene zu finden. Doch es blieb Ratlosigkeit zurück angesichts des plötzlichen Rückzugs der FDP. Nach vier anstrengenden Sondierungswochen sei eine Einigung „zum Greifen nahe“ gewesen, bemerkte CSU-Chef Horst Seehofer. Auch die Verhandlungsführer der Grünen, Cem Özdemir und Katrin Göring-Eckardt glaubten bis zum Schluss an das Zustandekommen einer Jamaika-Koalition und an die eigene Kompromissbereitschaft, während sie die FDP dafür kritisierten diese Koalitionsmöglichkeit „leider abgelehnt und zunichte gemacht“ zu haben.¹ Dies war der Schlussakkord von Sondierungsgesprächen, die geprägt waren vom Durchstechen inhaltlicher Diskussionen an die Medien, gegenseitigen Schuldzuweisungen und der händeringenden Suche nach einer gemeinsamen Vertrauens- und Regierungsbasis. Doch wie kam es im Laufe der Sondierungen zum schwindenden Vertrauen und schlussendlich zum Rückzug der FDP?

Die Ausgangslage: historische Wahlergebnisse

Die Verkündung der ersten Hochrechnungen der Ergebnisse der Bundestagswahl am 24. September 2017 um 18 Uhr löste lediglich bei zwei Parteien Jubel aus: bei FDP und AfD. Die Liberalen feierten vier Jahre nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag mit 10,7 Prozent² ihren Wiedereinzug und die AfD zog mit einem Ergebnis von 12,6 Prozent³ erstmals in den Bundestag ein. In den Reihen der Union und der SPD waren hingegen entsetzte Gesichter zu sehen, als die historisch schlechten Bundestagswahlergebnisse von 33 Prozent respektive 20,5

Prozent verlesen wurden.⁴ Bei der Linken mit einem Stimmanteil von 9,2 Prozent und den Grünen mit 8,9 Prozent war die Stimmung gemischt⁵, obwohl beide im Gegensatz zur Bundestagswahl 2013 leichte Zugewinne zu verzeichnen hatten.⁶

Durch den Einzug der AfD, die von allen anderen Parteien bereits im Vorfeld als Koalitionspartner ausgeschlossen worden war, entwickelte sich die Regierungsbildung zum schwierigen Unterfangen, da keines der traditionellen Zweierbündnisse von Schwarz-Gelb oder Rot-Grün realisierbar war.⁷ Als politisch mögliche Koalitionsoptionen kamen nur die Weiterführung der Großen Koalition, ein Jamaika-Bündnis oder eine Minderheitsregierung der Union in Frage.

Trotz der Stimmenverluste blieb die Union stärkste politische Kraft und beanspruchte den Auftrag zur Regierungsbildung noch am Wahlabend für sich. Bundeskanzlerin Angela Merkel wollte zunächst keine Option ausschließen und mit allen möglichen Parteien über eine Koalition reden, um eine stabile Regierung zu bilden, da dies ein „Wert an sich“ für Deutschland sei.⁸ Die theoretische Möglichkeit einer Minderheitenregierung schloss Merkel damit zunächst aus. SPD-Chef Martin Schulz hingegen verwies am Wahlabend auf die bereits im Wahlkampf deutlich gemachte Ablehnung einer Fortsetzung der bisherigen Großen Koalition und verkündete: "Mit dem heutigen Abend endet die Zusammenarbeit mit der CDU/CSU."⁹ Die SPD wollte stattdessen dem Wählerauftrag folgen und in die Opposition gehen.¹⁰ Damit zeichnete sich ab, dass es bei der Regierungsbildung in Deutschland zu einer die klassischen Lager übergreifenden Dreierkoalition kommen könnte. Denn für die gewünschte stabile Regierung mit einer Kanzlermehrheit im Bundestag blieben lediglich Verhandlungen mit der FDP und den Grünen als Option, was nach DeutschlandTrend Umfragen auch dem Wunsch einer Mehrheit der deutschen Wählerinnen und Wähler entsprach.¹¹ Eine sogenannte Jamaika-Koalition auf Bundesebene wäre zugleich ein Novum im Bund gewesen.

Vorbereitung der Sondierungen: Streitfragen und Anknüpfungspunkte

Bereits bei den Vorbereitungen der Sondierungsgespräche wurde deutlich, dass es vor allem in den Themengebieten Klimaschutz, Europa sowie Migration und Flüchtlinge Diskrepanzen und unterschiedliche rote Linien bei den beteiligten Parteien gab, bei deren Überschreitung sie eine Regierungsbeteiligung ablehnten:

Beim Klimaschutz wollten die Grünen einen Ausstieg aus der Kohleenergie und ein Verbot von

Verbrennungsmotoren bis 2030 durchsetzen, Ziele, die die FDP für nicht tragbar für die deutsche Wirtschaft hielt. Auch die CSU erklärte, dass es mit ihr in einer Regierungskoalition keine Abkehr von Verbrennungsmotoren und Kohle geben werde, wohingegen sich die CDU gesprächsbereit in diesen Feldern zeigte.¹²

Eine viel beachtete Rede des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron rückte ein weiteres brisantes Thema in den Fokus: die von ihm vorgeschlagene Vertiefung der Eurozone durch einen gemeinsamen Haushalt¹³ stieß in den Reihen der Liberalen auf Ablehnung, während sich die Grünen und Teile der CDU zumindest mit diesem Vorschlag beschäftigen wollten.

Als am härtesten umkämpftes Themenfeld wurde das der Migration und Flüchtlinge ausgemacht, denn die vier Parteien lagen hier in ihren Vorstellungen und Wahlversprechen deutlich auseinander und selbst die Schwesterparteien CDU und CSU hatten sich in den vergangenen Monaten auf keine gemeinsame Position einigen können. Nach dem schwachen Wahlergebnis der CSU in Bayern, wo erstmals die 40 Prozent nicht erreicht wurden, stand deren Parteivorsitzende Horst Seehofer zudem unter Druck. Ein Abrücken von der Forderung einer Obergrenze für Flüchtlinge schien unwahrscheinlich, da schon im Herbst 2018 Landtagswahlen in Bayern anstanden. Und auch von Seiten einiger prominenter CDU-Politiker wurde nach dem Wahldebakel Unmut über den bisherigen Umgang mit der Flüchtlingsfrage laut. Sachsens Regierungschef Tillich forderte eine Kurskorrektur nach rechts und stellte fest, dass „...[d]ie Leute wollen, dass Deutschland Deutschland bleibt.“¹⁴ CDU-Fraktionschef Volker Kauder sprach sich gegen einen Rechtsruck aus und hielt den Streit um eine mögliche Obergrenze mit der Schwesterpartei für lösbar.¹⁵ Somit war es in diesem Themenfeld zunächst nötig, dass sich CDU und CSU einigen, bevor sie in Verhandlungen mit den anderen Parteien eintreten konnten. Eine Schnittmenge war in der Migrationsfrage lediglich bei den Grünen und der FDP zu finden, die sich für ein geregeltes Einwanderungsgesetz aussprachen, jedoch hörten an diesem Punkt die Gemeinsamkeiten bereits wieder auf. Die Liberalen und die Union traten für eine Ausweitung der sicheren Herkunftsländer auf die Maghreb-Region ein, was die Grünen ablehnten.¹⁶

Doch auch bei anderen Themenkomplexen ließen unterschiedliche Positionen auf schwierige Verhandlungen schließen: im Bereich der Landwirtschaft forderten die Grünen in ihrem Wahlkampf eine Abschaffung der industriellen Massentierhaltung, während die CSU diese für notwendig hielt. Weiterhin waren sich die Grünen und die FDP einig, dass die Digitalisierung in Deutschland vorangetrieben werden müsse und in diesem Zusammenhang auch Wert gelegt

werden müsse auf Bürgerrechte und Datenschutz, wohingegen die Union den Datenschutz im Zweifelsfall zugunsten innerer Sicherheit einschränken wollte. Eine gemeinsame Forderung aller beteiligten Parteien im Wahlkampf war allerdings die Einstellung von mehr Polizistinnen und Polizisten. Auch im Bereich der Steuerpolitik konnte von einer schnelleren Einigung ausgegangen werden, da alle Parteien sich für eine Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen ausgesprochen hatten, wobei die FDP zusätzlich mit der Forderung nach einer großen Steuerreform in den Wahlkampf gezogen war.¹⁷

Zunächst aber konnten sich die Parteien nicht einmal auf ein Verfahren einigen, das zur Regierungsbildung führen sollte. Nachdem die Grünen auf ihrem kleinen Parteitag am 30. September 2017 trotz einiger Vorbehalte die Aufnahme von Sondierungsverhandlungen mit Union und FDP beschlossen hatten, traten sie gemeinsam mit den Liberalen für einen schnellen Sondierungsbeginn ein. Beide Parteien schlugen vor, dass zuerst bilaterale Gespräche stattfinden sollten, bevor alle Parteien sich gemeinsam an den Verhandlungstisch setzen. Die Stimmung zwischen FDP und Grünen war seit geraumer Zeit geprägt von verbalen Auseinandersetzungen und laut FDP-Vize Kubicki wolle man sich zunächst „beschnuppern“.¹⁸ Somit bliebe den verschiedenen Strömungen innerhalb der Union und den Grünen auch Zeit, sich auf gemeinsame Linien zu verständigen, sagte FDP-Chef Lindner. CSU-Landesgruppenchef Dobrindt war anderer Meinung und vermutete, dass Grüne und Liberale bereits im Vorfeld Absprachen treffen und Ministerposten verteilen wollten. Er rechnete mit harten Verhandlungen für das ‚Experiment‘ Jamaika-Koalition.¹⁹

Erste Kompromisse innerhalb der Unionsparteien

Die erste Hürde, die es auf dem Weg zu einem Jamaika-Bündnis zu überwinden galt, stellten die unterschiedlichen Auffassungen in CDU und CSU bezüglich einer Obergrenze für Flüchtlinge dar. Die CSU war mit der Forderung einer Obergrenze von 200.000 Zuwanderern pro Jahr in den Wahlkampf gezogen, ohne die eine Regierungsbeteiligung ausgeschlossen wurde. Da nach dem Wahldebakel innerhalb der CSU Personalquerelen um eine mögliche Nachfolge für Horst Seehofer schwelten²⁰, schien ein Abrücken Seehofers von diesen Plänen nicht wahrscheinlich. Lediglich in der Wortwahl schien es Gestaltungsspielraum zu geben: CSU-Politiker Herrmann sagte gegenüber der Zeitung Die Welt, dass "[...][e]s [...] um das politische Ziel und greifbare Ergebnisse, nicht um Begrifflichkeiten" gehe.²¹

Bundeskanzlerin Merkel mahnte im Vorfeld der Gespräche die Parteispitzen zu einer Einigung und zu Kompromissbereitschaft, sagte aber weiterhin, dass sie zu ihren Entscheidungen in der

Flüchtlingspolitik stehe.²² In den Medien wurde von einer Formation „Team Merkel“ vs. „Team Seehofer“ gesprochen, doch auch in den Reihen der Kanzlerin gab es Politiker, die sich Seehofers Plänen von einer „bürgerlich-konservativen Erneuerung“²³ der Union anschlossen. Jens Spahn (CDU) sprach im Bericht aus Berlin davon, dass Deutschland „bürgerlich wie lange nicht“²⁴ sei und stimmte dem zum Spitzentreffen vorgelegten konservativen 10-Punkte-Plan der CSU in weiten Teilen zu. Nach stundenlangen Beratungen konnte in diesem auch für die weiteren Verhandlungen mit Grünen und FDP brisanten Themenfeld ein Kompromiss erzielt werden: Demnach sollte ein Richtwert von 200.000 Zuwanderern pro Jahr gelten, jedoch keine Menschen an den deutschen Grenzen abgewiesen werden; der Begriff Obergrenze wurde folglich nicht genannt. Weiterhin sollten die sogenannten sicheren Herkunftsländer ausgeweitet und eine gesetzliche Regelung zum Zuzug von Fachkräften geschaffen werden. Der Familiennachzug für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutz sollte ausgesetzt werden und es sollten Asylzentren zur Unterbringung geschaffen werden.²⁵ Damit hatte die Union einen Kompromiss erzielt, der allerdings die Verhandlungen mit den Grünen und Liberalen kaum erleichterte. Beide Parteien sprachen sich direkt dagegen aus, dass diese Vereinbarung ohne weitere Verhandlungen übernommen würde: "Das ist eine Einigung zwischen CDU und CSU und noch lange nicht das Ergebnis der Jamaika-Sondierung", stellte Grünen-Chefin Simone Peter fest.²⁶ Von Seiten der FDP gab es vor allem Kritik an der, aus ihrer Sicht, willkürlichen Festsetzung der Obergrenze auf 200.000 Menschen.²⁷ Trotzdem war man sich einig, dass es jetzt zumindest eine Basis für Verhandlungen gebe und die Sondierungsgespräche nach der niedersächsischen Landtagswahl am 15. Oktober 2017 beginnen könnten.

Road to Jamaika: Der Weg ist noch weit

Auch wenn nach dem ARD DeutschlandTrend mehr als die Hälfte der Deutschen einer Jamaika-Koalition positiv gegenüberstand und 75 Prozent an das Zustandekommen eines solchen Bündnisses glaubten,²⁸ standen die Vorzeichen der Sondierungsgespräche auf Sturm zwischen den Verhandlungspartnern. FDP und Grüne machten noch einmal ihre zentralen Verhandlungspositionen deutlich: für die Liberalen stand die Abschaffung des Solidaritätszuschlags an erster Stelle und beide Parteien pochten auf ein allgemeines Einwanderungsgesetz. Grünen-Vorsitzender Cem Özdemir sagte der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung "niemand würde verstehen, wenn die neue Regierung kein Einwanderungsgesetz verabschiedet"²⁹ und nur an der von der Union geplanten Regelung für die Fachkräftezuwanderung festhalte.

Der bayerische Finanzminister Markus Söder stellte in einem Interview mit den Tagesthemen noch einmal heraus, dass die CSU einen bürgerlich-konservativen Kurs verfolge und den Ruf der Bürger "nach mehr Sicherheit, nach Stabilität, nach Begrenzung der Zuwanderung und nach einer Debatte, ob das kulturelle Leitbild des Landes"³⁰ noch stimme, gehört habe. Söder vertrat die Ansicht, dass bei unüberbrückbaren Streitpunkten ein Kompromiss keine Lösung sei und plädierte für ein klares CSU-Profil in den Verhandlungen, obwohl er selbst von Horst Seehofer nicht in das Sondierungsteam geholt wurde. Neben den thematischen Uneinigkeiten der Union rumorte es nun auch innerhalb der CSU und es wurden Forderungen nach einem Rücktritt von CSU-Chef Seehofer laut.³¹ Der Parteitag der CSU wurde bereits auf Mitte Dezember verschoben, da über einen möglicherweise zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Koalitionsvertrag debattiert werden sollte.³²

Die ersten bilateralen Vorgespräche am 18. Oktober 2017 im Gebäude der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin verliefen trotz der vorhandenen Differenzen positiv. Die Union traf sich zunächst mit der FDP und später mit den Grünen zu ersten Unterredungen. Alle Parteien sprachen von guten Gesprächen und einem gelungenen Start, was sie in einem gemeinsamen medienwirksamen Auftritt auf dem Balkon des Gebäudes zeigten.³³ Ab diesem Zeitpunkt wurde der Balkon der Parlamentarischen Gesellschaft ein beliebtes Motiv für die Fotografen, da die Sondierer in den Pausen gerne hinaus gingen und die Reporter aus der Grüppchenbildung versuchten, Rückschlüsse auf den Verhandlungsstand zu ziehen.

FDP-Generalsekretärin Nicola Beer machte jedoch direkt deutlich, dass sich die FDP ohne zufriedenstellende Ergebnisse auch den Weg in die Opposition offenhalte.³⁴

Gerade die FDP und die Grünen mussten bei ihrem ersten bilateralen Gespräch am 19. Oktober 2017 erst einmal ausloten, ob man miteinander auskäme. In ihren Wahlkämpfen hatten sie den jeweils anderen zu ihrem Lieblingsfeind erkoren und nicht mit Sticheleien gespart. FDP-Chef Lindner verkündete in einer Rede, dass die Grünen sich moralisch überlegen fühlten „und [...] uns allen deshalb [sagt], was wir zu tun und zu lassen haben, was wir essen sollen, wie wir leben sollen, was gut und was schlecht ist und was böse.“³⁵ Inhaltlich-ideologische Differenzen zwischen den Parteien gingen einher mit atmosphärischen Störungen und spitzen Bemerkungen, die im Falle einer Jamaika-Koalition zunächst bereinigt werden müssten. Immerhin konnten sich die Liberalen und die Grünen trotz der Streitpunkte in den Feldern Klima und Migration auf gemeinsame Vorstellungen bei Digitalisierung und Bürgerrechten einigen. Im Nachhinein begannen jedoch einige Politiker in Interviews die erreichten Standpunkte zu kritisieren, so äußerte sich CSU-Generalsekretär Scheuer in der Rheinischen Post abwertend gegenüber den

Vorschlägen von FDP und Grünen und bezeichnete diese als „Vorschläge von Pfadfindern, die erst noch einen Kompass brauchen.“³⁶

Die Sondierungen beginnen

Am 20. Oktober 2017, knapp einen Monat nach der Bundestagswahl, war es in der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin endlich so weit: in zwölf Themenblöcken wollten CDU, CSU, FDP und Grüne erstmals in großer Runde miteinander sondieren. Direkt für den Anfang standen die heikelsten Themen Finanzen, Europa, Klima und die Flüchtlingspolitik auf der Agenda, danach sollten Bildung, Arbeit und Soziales, Familie, Kommunen und Wohnen, Landwirtschaft, Wirtschaft und Verkehr, Außen-, Verteidigungs-, Entwicklungs- und Handelspolitik besprochen werden, bevor als letztes der Themenkomplex Innen, Sicherheit und Rechtsstaat behandelt wurde. Kanzleramtsminister Altmaier betonte nochmals, dass diese Situation ein Novum sei, eine „neue Koalition, die uns der Wähler diktiert hat“³⁷ und bat damit um Kompromissbereitschaft, da Jamaika die einzige Möglichkeit einer stabilen Regierung sei.³⁸ Bevor es an Detailfragen ging, stellte jede Partei ihre Positionen zu den zwölf Themenblöcken vor: „Das war ein bisschen wie eine Audio-Synopse der verschiedenen Wahlprogramme“, meinte FDP-Generalsekretärin Nicola Beer.³⁹ Michael Kellner, Geschäftsführer der Grünen, beschrieb die Verhandlungen bilderreich als „[...]m]it Blitzen, einigen Geistesblitzen, aber das große Donnern ist ausgeblieben“⁴⁰, wobei trotzdem die Unterschiede und zukünftigen Streitthemen deutlich geblieben seien.

Erste Einigungen und Missverständnisse beim Thema Finanzen

Der Einstieg in das Finanzthema ging einher mit ersten Berechnungen der CDU, dass eine Jamaika-Koalition mehr als 100 Milliarden Euro zur Erfüllung der Wahlversprechen aller vier Parteien benötige. Trotzdem bekannten sich die Parteien zur „schwarzen Null“ und Steuerentlastungen, insbesondere für kleine und mittlere Einkommen. Dank der soliden Haushaltslage bestand ein Spielraum von etwa 30 Milliarden Euro, doch bei deren Verwendung waren sich die Parteien nicht einig. Die Grünen forderten Investitionen in Klimaschutz, schnelles Internet und soziale Einrichtungen, die CDU dachte an Infrastrukturprojekte und die FDP verlangte eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags, die - ein erster Kompromissvorschlag - auch in Stufen vorstellbar sei.⁴¹ So beinhaltete der erste veröffentlichte Sondierungsstand zum Thema Finanzen auch keine Detailfragen, sondern stellte fest, dass die Gesprächspartner miteinander eine Finanzplanung erarbeiten wollten, in der die von den Parteien gewünschten Punkte konkretisiert werden sollten. Die Deutung dieses ersten

Sondierungsstandes fiel in den beteiligten Parteien jedoch unterschiedlich aus: Christian Lindner twitterte das Zwischenergebnis mit den Worten „das KÖNNTE eine finanzpolitische Trendwende werden“⁴² und FDP-Vize Wolfgang Kubicki erklärte, dass der Soli noch „in dieser Legislaturperiode komplett abgebaut“ werde. Grünen-Politiker Jürgen Trittin interpretierte die Ergebnisse anders und stellte fest, dass er keine Möglichkeit sehe, den ausgeglichenen Haushalt einzuhalten bei einem gleichzeitigen Abbau des Soli.⁴³ Trotz der Einigung auf ein gemeinsames Papier zum Sondierungsstand vertraten die Parteien unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich dessen Interpretation und brachten dies über verschiedenste Medienkanäle auch zum Ausdruck, was die Stimmung unter den Sondierern merklich anspannte.⁴⁴ Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach daraufhin ein „Machtwort“: um atmosphärischen Störungen entgegenzutreten sollten nur Beschlüsse veröffentlicht werden, in denen Strittiges ausgeklammert werde.⁴⁵

Thema Europa: nur ein Mini-Konsens

Direkt im Anschluss begannen die ersten Verhandlungen zum Themenkomplex Europa mit einem klaren Dissens in der Türkeifrage. CSU-Generalsekretär Scheuer drang im Namen seiner Partei auf einen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Die Grünen hingegen sprachen sich gegen einen Abbruch aus, wobei Grünen-Politiker Trittin feststellte, dass die Entscheidung ohnehin auf EU-Ebene falle und man sich daher hier „nicht zu verkämpfen“⁴⁶ brauche. Die Generalsekretäre der vier Parteien stellten nach den ersten Sondierungen einen allgemeinen Stand vor, in dem alle ihr Bekenntnis zu einem starken Europa festhielten und alle strittigen Punkte wie die Frage der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei oder die Weiterführung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes auf einen späteren Zeitpunkt in den Sondierungsgesprächen vertagte.⁴⁷

Der kleinste gemeinsame Nenner beim Klimaschutz

Beim Thema Klimaschutz machten die Grünen zu Beginn deutlich, dass die geltenden internationalen und deutschen Klimaziele für sie weiterhin eine rote Linie in den Verhandlungen darstellten. Eine Woche nach Beginn der Sondierungen drohte damit eine Partei indirekt mit einem Abbruch.⁴⁸ Ein Bekenntnis von CDU, CSU, FDP und Grünen zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommen war dann auch das Einzige, das in den Sondierungen zum Thema Klimaschutz nach heftigen Diskussionen verbindlich festgehalten wurde. Die FDP wies allerdings im Anschluss darauf hin, dass die Einhaltung der Ziele ein „Wollen“ und kein „Müssen“ sei. Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt übte im Spiegel Kritik an der Einigung, die eigentlich bereits im Vorfeld Konsens gewesen war: "Es war am Ende des Tages

aber nicht mehr klar, ob man sich die Ziele nach dem Motto: 'Schaun mer mal' vornimmt, oder ob sie verbindlich gelten. Das ist für uns der Maßstab."⁴⁹ Jürgen Trittin wurde hier gegenüber dem Spiegel noch deutlicher: „Der Klamauk zu den Klimazielen muss aufhören“, sagte der Grünen-Unterhändler und fügte hinzu, dass FDP und Union bei der Umsetzung der von ihnen mit beschlossenen Klimaziele auf der Bremse stünden.⁵⁰ Gespräche über konkrete Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung, wie der von den Grünen geforderte Ausstieg aus der Kohleenergie, wurden zunächst vertagt und in kleinere Verhandlungsgruppen in der darauffolgenden Woche verschoben.

Großes Streitthema Flüchtlingspolitik

Am 26. Oktober 2017 setzten sich Union, FDP und Grüne erstmals mit ihren sehr unterschiedlichen Forderungen in der Flüchtlings- und Migrationspolitik auseinander. Die CSU betonte nochmals den in der Union gefassten Kompromiss einer de facto Obergrenze und der Aussetzung des Familiennachzugs, deren Umsetzung für eine Regierungsbildung nötig sei.⁵¹ Die Grünen setzen dem entgegen, dass eine Obergrenze nicht zu ihrer Politik passe: „Für uns Grüne steht eine humanitäre Flüchtlingspolitik, das Nichtantasten des Grundrechts auf Asyl und der Familiennachzug auch für subsidiär Geschützte im Mittelpunkt“⁵², so ihr Politischer Geschäftsführer Michael Kellner in einem Interview mit tagesschau.de. Nach den ersten Gesprächen konnte auch in diesem Themenkomplex kein Kompromiss gefunden werden, sodass die weiteren Besprechungen ebenfalls in die kleinere Runde der Parteispitzen vertagt wurden, damit in der folgenden Woche ein Konsens gefunden werden könnte. Die erste Sondierungswoche mit den kontroversesten Themen endete damit in Stillstand⁵³.

Weitere Sondierungsrunden: wenig Konsens und viele unklare Punkte

Obwohl Ende Oktober zunächst über weniger konfliktbeladene Themen wie Bildung und Digitalisierung beraten wurde, konnten die Sondierer doch nur wenige gemeinsame Linien festlegen. In der Bildung einigte man sich auf Investitionen in Höhe von 10% des BIP bis 2025 und alle Parteien waren sich darüber einig, dass ein Ausbau des schnellen Internets erfolgen müsse, wobei über die Umsetzung noch Unklarheit herrschte.⁵⁴ Auch in den Themenbereichen innere Sicherheit sowie Arbeit und Soziales waren Fortschritte zu verzeichnen: die bei den Grünen umstrittene Videoüberwachung sollte an gefährlichen Orten angeordnet werden können und der Bund sollte Länderaktivitäten in diesem Bereich stärker kontrollieren. Weiterhin bekannten sich alle Parteien zum Mindestlohn, Diskussionen über die Mütterrente und Wege zur Rentensicherung hingegen wurden in mögliche Koalitionsgespräche verschoben.⁵⁵

Nachdem die Stimmung durch die grobe Einigung in diesen Themenfeldern allgemein positiver erschien und auch nicht durch Interviews und unterschiedliche Interpretationen der Unterhändler gestört wurde, konnte man sich Anfang November bei den Themen Verkehr und Landwirtschaft nur auf allgemeine Floskeln einigen. Die Grünen forderten weiterhin ein Ende des Verbrennungsmotors in Deutschland – ein No-Go für die CSU und für CSU-Landesgruppenchef Dobrindt, der erklärte, dass Wohlstand und Wachstum „nur mit einer starken Industrie zu schaffen [seien] und nicht gegen die Wirtschaft“⁵⁶. Bei der Landwirtschaft vertrat die Union die Position der konventionellen Landwirtschaft, wohingegen die Grünen für eine neue Form von Landwirtschaft warben. CDU-Vize Julia Klöckner forderte die Parteien auf, eine friedliche Koexistenz zu suchen und bat die Grünen, ihre Pläne zum Schutz der Landwirte bei einem Verbot von Pflanzenschutzmitteln vorzulegen.⁵⁷ Im gemeinsamen Papier der Unterhändler zur Landwirtschaft war somit nur ein gemeinsames Bekenntnis zur vielfältigen Agrarstruktur zu finden. Zudem war die Interpretation des Papiers nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Parteien umstritten. Grünen-Politiker Kellner sagte, es sei gelungen „erste Brücken über tiefe Gräben“ zu schlagen, während sein Parteikollege Anton Hofreiter zuvor von „tiefen Schluchten“ zwischen den Parteien gesprochen hatte.⁵⁸ Daneben erklärte Robert Habeck von den Grünen gegenüber der dpa, dass das Papier zur Landwirtschaft ein Grundsatzbeschluss für eine Wende in der Agrarpolitik sei und mehr Tierschutz sowie weniger Pestizideinsatz als Ziele formuliert worden seien. CSU-Generalsekretär Scheuer widersprach diesen Aussagen und erklärte, dass Habeck „in einer anderen Veranstaltung gewesen sein“⁵⁹ müsse, da dies nicht das Sondierungsergebnis gewesen sei.

Neben den Verhandlungsräumen hatten die Parteien also auch die Medienlandschaft als Austragungsort von Diskussionen wiederentdeckt: FDP-Chef Lindner und einige Grünen-Politiker stritten via verschiedener Interviews weiterhin über die Flüchtlingspolitik und auch FDP-Vize Kubicki ließ seiner Wut freien Lauf: „Wenn ich jeden Tag höre und lese, was mit den Grünen nicht geht, dann geht bald gar nichts mehr“. Sein Parteikollege Alexander Graf Lambsdorff forderte die Sondierer hingegen zu gegenseitigem Respekt auf. Im ARD-Morgenmagazin wünschte er sich partnerschaftliches Arbeiten, da man den Bürgern keine Regierung zumuten könne, die sich vier Jahre streite.⁶⁰

Erste Zwischenbilanz geprägt von Skepsis und Dissens

Zur Zwischenbilanz am 3. November 2017 äußerte sich Kanzlerin Merkel öffentlich zu den Sondierungen und gab sich optimistisch, die „Enden zusammenbinden“⁶¹ zu können.

Skeptischer zeigten sich demgegenüber FDP und Grüne: FDP-Generalsekretärin Beer äußerte im Bayerischen Rundfunk, dass die Chancen für eine Regierungsbildung bei 50:50 lägen und Grünen-Unterhändler Trittin erklärte, die bisherigen Ergebnisse seien lange Listen von Dissensen und er zweifele an den Erfolgsaussichten einer Jamaika-Koalition.⁶² Auch FDP-Chef Lindner äußerte sich kritisch, dass die liberalen Inhalte in einem Koalitionsprogramm stärker vertreten sein müssten. Denn „wenn das nicht möglich ist, gehen wir in die Opposition. Dafür nehme ich jeden Shitstorm in Kauf“⁶³, sagte Lindner am 6. November nach zweiwöchigen Sondierungsgesprächen. Die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Julia Klöckner versuchte, die Wogen zu glätten, die nach dieser indirekten Androhung von Neuwahlen entstanden waren, und stellte fest: „Manchmal geht es drei Schritte vor, dann wieder zwei zurück. Aber man muss sich immer anschauen, was die Alternative ist. Und eine Neuwahl – ich glaube nicht, dass die Bevölkerung das gut fände.“⁶⁴ Grünen-Politiker Cem Özdemir stimmte dem vorbehaltlos zu: „Ich muss schon sagen, dass das Gerede von Neuwahlen ziemlich unverantwortlich ist. Wir sind nicht gewählt worden, dass wir den Wählern sagen, das Wahlergebnis gefällt uns nicht.“⁶⁵

Zweite Sondierungsphase

Nachdem die FDP das Schreckgespenst Neuwahlen ins Gespräch gebracht hatte, beschlossen die Grünen, Kompromissbereitschaft beim Klimaschutz zu signalisieren, um so eine Annäherung der Parteien zu erreichen. Parteichef Özdemir erklärte, die Grünen beharrten nicht länger auf ein festgeschriebenes Ende des Verbrennungsmotors im Jahr 2030 und auch der Zeitplan für die Abschaltung der letzten Kohlekraftwerke sei verhandelbar.⁶⁶ CSU-Landesgruppenchef Dobrindt reagierte jedoch schroff auf das Entgegenkommen: „Das Abräumen von Schwachsinnsterminen ist noch kein Kompromiss.“⁶⁷ Nachdem die Grünen bei zwei zentralen Forderungen auf die anderen Parteien zugegangen waren, zeigte sich die FDP ebenfalls kompromissbereit und räumte ein, dass es keine Mehrheit für eine große Steuerreform gebe und man sich auf die Abschaffung des Soli sowie die Entlastung von Familien und kleinen und mittleren Einkommen kümmern wolle.⁶⁸

In einem anderen Punkt beharrten die Grünen aber auf ihrem Standpunkt: der Familiennachzug sollte ab März auch für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz ermöglicht werden. Diese Forderung sei für sie „elementar“.⁶⁹ Während sich Bayerns Innenminister Herrmann trotzdem optimistisch zeigte, dass der Streit über Obergrenze und Familiennachzug gelöst werden könne⁷⁰, änderte sich die Stimmung der deutschen Bevölkerung gegenüber einer Jamaika-

Koalition. Nach Umfragen von Infratest Dimap für den ARD- DeutschlandTrend hielten mittlerweile mehr als die Hälfte der Deutschen ein solches Bündnis für „weniger gut“ oder „schlecht“ für das Land.⁷¹

Obwohl der von den Parteien gesetzte Zeitpunkt für den Abschluss der Sondierungsgespräche am 16. November 2017 nur noch knapp eine Woche entfernt war, kamen die Beratungen weiterhin nur schleppend voran. Ein Papier mit über 120 strittigen Punkten konnte nicht in Kompromisse umgewandelt werden, einzig ein gemeinsamer Rahmen für weitere Gespräche wurde geschaffen.⁷² Thematisch gab es kein Vorankommen und die Stimmung wurde zusätzlich durch wiederkehrende Äußerungen der Unterhändler in den Medien und dem Durchstechen von Informationen zu den Sondierungsständen getrübt. Die Grünen unterstellten der CSU öffentlich mangelnde Kompromissbereitschaft, woraufhin CSU-Generalsekretär Scheuer ihnen im Gegenzug „Boshaftigkeit“ vorwarf.⁷³ Die Grünen verlangten mehr Entgegenkommen von Union und FDP in für sie wichtigen Themen, nachdem sie bereits beim Klimaschutz kompromissbereit waren, woraufhin FDP-Vize Kubicki und CDU-Politiker Günther zu gegenseitigem Verständnis aufriefen.⁷⁴

Die CDU kam diesem Aufruf nach, indem ihr Unterhändler Jens Spahn ein Entgegenkommen beim Thema Familiennachzug in Aussicht stellte: „Wer legal ins Land kommt, sich anpasst, Deutsch lernt, Arbeit hat und so beweist, dass er Teil dieser Gesellschaft werden will, soll auch dauerhaft bleiben dürfen und erleichtert die Möglichkeit zum Familiennachzug erhalten“⁷⁵, sagte er dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. CSU-Politiker Gerd Müller erklärte jedoch am gleichen Tag in der Passauer Neuen Presse, dass es eine starke Beschränkung des Familiennachzugs geben müsse⁷⁶. Die gemeinsame Linie der Union schien zu wackeln, denn auch Alexander Dobrindt kündigte im ARD-Morgenmagazin keine Kompromissbereitschaft beim Flüchtlingsthema an und goss weiterhin mit der Aussage, dass es „natürlich“ keinen Kohleausstieg geben werde, Öl ins Feuer der Verhandlungen.⁷⁷ Die Themenkomplexe Klima und Flüchtlinge blieben auch im Endspurt der Sondierungen kontrovers, sodass kleinere Einigungen wie die verpflichtende Einführung eines Tierwohllabels beim Thema Landwirtschaft in den Medien kaum Beachtung fanden.⁷⁸ Stattdessen stritten sich die Unterhändler zum wiederholten Mal öffentlich über den Familiennachzug: Grünen-Chef Özdemir stellte klar, dass Integration nur mit der Perspektive gelänge, die Familie nachholen zu können, während FDP-Chef Lindner in der Passauer Neuen Presse die Auffassung vertrat, dass ein Familiennachzug nur in Härtefällen in Frage komme.⁷⁹ CSU-Generalsekretär Scheuer

stellte fest, dass die Union durchaus kompromissbereit sei, die Grünen allerdings „auf der Bremse“⁸⁰ stünden. Für den Grünen-Politiker und baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann war das Maß nun voll: „Entweder will man gemeinsam was machen, dann unterlässt man so was, öffentliche Angriffe auf andere Verhandler zu machen, oder man sagt gleich, man will das nicht haben. Dann sollen sie es sagen, aber das geht mal gar nicht.“ Er habe den Verdacht, „dass diese Herren es gar nicht wollen, dass wir konstruktiv und erfolgreich verhandeln.“⁸¹

Am ursprünglich geplanten letzten Verhandlungstag, dem 16. November, kam nochmals Bewegung in die Verhandlungspositionen. Kanzlerin Merkel hatte mit ihrem Parteikollegen Armin Laschet, der als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen ein starkes Interesse am Thema Kohleenergie hat, einen Kompromiss zum Klimaschutz ausgearbeitet, den man den Grünen vorlegte: statt einer Reduzierung der Kraftwerksleistung von acht bis zehn Gigawatt, sollten es sieben Gigawatt sein.⁸² Die FDP konnte sich diesem Vorschlag nicht widersetzen und sah die Grünen in den Verhandlungen bevorzugt, zumal der Vorschlag von FDP-Chef Lindner, sich in puncto EU-Schuldenübernahme am Koalitionsvertrag aus den Niederlanden¹ zu orientieren, sofort abgelehnt wurde.⁸³ Da die Unterhändler bei vielen Themen trotzdem eine Einigung für möglich hielten, beschlossen die Parteien, die Sondierungen noch bis Sonntag, den 19. November 2017, 18 Uhr zu verlängern, denn so ein „historisches Projekt darf nicht an ein paar Stunden, die fehlen, scheitern“⁸⁴, wie FDP-Chef Lindner feststellte.

Eine schwierige letzte Runde mit überraschendem Ende

Trotz der beschlossenen Verlängerung steckten die Sondierungsgespräche in einer Sackgasse - es waren nur noch drei Tage Zeit, um Kompromisse bei den Themen Landwirtschaft, Verkehr, Klima und Migration zu finden. Bundespräsident Steinmeier schaltete sich ein und ermahnte die Parteien, kompromissbereit zu sein und Neuwahlen zu vermeiden.⁸⁵ Nachdem es am Freitag trotz langer Verhandlungen keine Fortschritte zu verzeichnen gab, konnten am Samstag bei den Themen Wirtschaft und Agrarpolitik Einigungen gefunden werden.⁸⁶ Da es bei den Themen Klima und Migration aber immer noch Streitigkeiten gab, rangen die Grünen sich schließlich zu einem Angebot durch, um Jamaika nicht noch weiter zu gefährden: die Zahl von

¹ Im niederländischen Koalitionsvertrag konnte die Partei des liberalen Ministerpräsidenten Rutte gegenüber den christlichen-linksliberalen Koalitionspartnern ihre Positionen zur Europapolitik durchsetzen: Die niederländische Regierung lehnt eine gemeinsame Finanzierung von Schulden in der EU ab und es soll kein weiterer Mechanismus wie der Euro-Rettungsschirm geschaffen werden, um einen Euro-Mitgliedsstaat aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu helfen.

200.000 könne als Rahmen akzeptiert werden, da diese Zahl seit der Wiedervereinigung nur fünfmal überschritten worden sei.⁸⁷ Dieser Gang an die Schmerzgrenze war allerdings mit einer Forderung in Richtung CSU verbunden, dass der Familiennachzug für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden dürfe.⁸⁸ Die Liberalen unterbreiteten daraufhin ein eigenes Kompromissangebot, das den Familiennachzug für weitere zwei Jahre aussetzte und demjenigen eine Einwanderung über das Einwanderungsgesetz erlaubte, der Arbeit habe, seine Familie ernähren könne und integriert sei. Dieser Vorschlag der Verknüpfung mit dem Einwanderungsgesetz stellte eine Brücke zwischen den Grünen und der CSU-Position dar.⁸⁹

Aber trotz der vorgelegten Kompromisse waren die Verhandlungen ins Stocken geraten. Die Vorkommnisse der vergangenen Wochen, das fehlende Vertrauen, Durchstechereien an die Medien sowie Streitereien und persönliche Angriffe in der Öffentlichkeit hielten die Parteien zusammen mit den inhaltlichen Differenzen davon ab, einen Weg aus der Sackgasse zu finden. Die Frist von 18 Uhr am Sonntagabend war längst verstrichen und noch immer konnte von Kompromissen keine Rede sein.⁹⁰ In der Nacht brach die FDP schließlich die Jamaika-Sondierungen aufgrund von fehlendem Vertrauen und gemeinsamen Ideen, so Parteichef Lindner, ab. Er trat mit den Worten „Es ist besser nicht zu regieren, als falsch zu regieren“ vor die Kameras - ein für viele Beobachter überraschendes Ende der Verhandlungen.⁹¹ Das vorliegende Sondierungspapier sei, so Lindner weiter, „mit zahllosen Widersprüchen, offenen Fragen und Zielkonflikten“ gespickt. Trotz aller Verhandlungen und der Dramatik der Situation habe seine Partei nicht den Eindruck gehabt, dass noch große Veränderungen möglich gewesen wären, erläuterte der FDP-Chef die Entscheidung.⁹²

Kanzlerin Angela Merkel äußerte Bedauern über diesen Entschluss und sagte, die Union habe geglaubt, dass man auf einem gemeinsamen Weg gewesen sei. Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt war ebenfalls der Ansicht, dass ein Jamaika-Bündnis möglich gewesen war, es hätte nur noch an wenigen Punkten gehangen. Ihr Parteikollege Özdemir kritisierte die FDP scharf und vermutete, dass niemals die Bereitschaft für eine Koalition da gewesen sei.⁹³

Nach dem Scheitern der Sondierungen: das weitere Vorgehen

Die SPD stellte kurz nach dem Bekanntwerden des Scheiterns der Sondierungen bereits fest, dass sich ihre Meinung zu einer Großen Koalition nicht verändert habe. SPD-Vize Ralf Stegner erklärte auf Twitter, dass ein „Weiter so“ durch Verlängerung der Großen Koalition auch

weiterhin falsch sei, daran habe sich auch nach dem Ende der Jamaika-Verhandlungen nichts geändert.⁹⁴ Als einzige verbleibende Optionen standen somit eine Minderheitsregierung der Union oder Neuwahlen zur Verfügung, wobei das Grundgesetz keinen zeitlichen Rahmen für eine Entscheidung setzt. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier appellierte dagegen an die Gesprächsbereitschaft aller Parteien, damit eine Regierungsbildung ermöglicht werde: „Wer sich in Wahlen um politische Verantwortung bewirbt, der darf sich nicht drücken, wenn man sie in den Händen hält“⁹⁵, sagte er. In den folgenden Tagen wollte Steinmeier daher Treffen mit den Vorsitzenden aller an den Sondierungen beteiligten Parteien sowie der SPD führen, um die Möglichkeiten einer Regierungsbildung auszuloten und Neuwahlen zu verhindern.⁹⁶ Letztlich mit der Konsequenz eines Einlenkens der SPD, die sich – vorbehaltlich eines möglichen Scheiterns – zu Sondierungsgesprächen mit CDU und CSU über eine Fortführung der Großen Koalition durchrang.

¹ Vgl. Tagesschau (20.11.2017a): *Jamaika gescheitert FDP bricht Sondierungen ab*, Stand: 20.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/fdp-sondierungen-abbruch-103.html>, Zugriff: 21.11.2017.

² Vgl. Der Bundeswahlleiter (2017): *Bundestagswahl 2017: Endgültiges Ergebnis*. In: Pressemitteilung Nr. 34/17 vom 12. Oktober 2017. Online verfügbar unter: https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2017/34_17_endgueltiges_ergebnis.html, Zugriff: 17.12.2017.

³ Vgl. ebd.

⁴ Vgl. ebd.

⁵ Vgl. ebd.

⁶ Vgl. Der Bundeswahlleiter (2013): *Bundestagswahl 2013: Ergebnisse*. Online verfügbar unter: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2013/ergebnisse/bund-99.html>, Zugriff: 10.1.2018.

⁷ Vgl. Decker, Frank (2018): *Parteiendemokratie im Wandel*, in: Decker, Frank und Viola Neu (Hg.): *Handbuch der deutschen Parteien*, Springer Fachmedien, Wiesbaden, S. 3-39, S.17.

⁸ Vgl. Tagesschau (24.9.2017c): *Mögliche Koalitionen Regieren? Muss nicht sein*. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/btw17/koalition-jamaika-101.html>, Zugriff 20.2.2018.

⁹ Tagesschau (24.9.2017a): *Entscheidung für Opposition. SPD schickt Merkel nach Jamaika*. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/btw17/schulz-spd-opposition-101.html>, Zugriff 20.2.2018.

¹⁰ Vgl. Tagesschau (24.09.2017b): *Nach Wahldebakel. SPD geht in die Opposition*. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/btw17/spd-opposition-101.html>, Zugriff 14.11.2017.

-
- ¹¹ Vgl. Tagesschau (25.09.2017a): *DeutschlandTrend-Blitzumfrage. Viel Sympathie für Jamaika*. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/btw17/umfrage-waehler-101.html>, Zugriff 13.11.2017.
- ¹² Vgl. Tagesschau (25.9.2017b): *Koalitionsoptionen. Woran Jamaika scheitern kann*. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/btw17/jamaika-politik-gemeinsamkeiten-unterschiede-101.html>, Zugriff 15.11.2017.
- ¹³ Vgl. Tagesschau (26.9.2017): *Grundsatzrede Macron's EU-Vision*. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/ausland/macron-rede-107.html>, Zugriff 30.1.2018.
- ¹⁴ Tagesschau (30.09.2017a): *Kursdebatte in der Union. Rechts - und gut?* Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/union-kursdebatte-tillich-101.html>, Zugriff 15.11.2017.
- ¹⁵ Tagesschau (05.10.2017): *Kurs der Union. Kauder gegen Rechtsruck*. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/union-kauder-101.html>, Zugriff 15.11.2017.
- ¹⁶ Tagesschau (19.10.2017a): *Grüne und FDP sondieren. Verbunden in tiefer Abneigung*. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierung-101.html>, Zugriff 19.1.2018.
- ¹⁷ Vgl. Tagesschau (25.9.2017b)
- ¹⁸ Tagesschau (30.09.2017b): *Kleiner Parteitag. Grünes Ja zu Sondierungen für Jamaika*. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/gruene-kleiner-parteitag-103.html>, Zugriff 15.11.2017.
- ¹⁹ Tagesschau (01.10.2017): *Vor Jamaika-Sondierung. Zu zweit, zu dritt oder zu viert?* Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/verfahrensfragen-jamaika-koalition-101.html>, Zugriff 15.11.2017.
- ²⁰ Tagesschau (25.9.2017c): *Die CSU nach der Wahl. Der Kopf bleibt dran*. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/btw17/csu-bundestagswahl-103.html>, Zugriff 22.1.2018.
- ²¹ Tagesschau (07.10.2017a): *CSU und die Obergrenze. Nur über den Begriff lässt sich reden*. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/union-sondierung-103.html>, Zugriff 15.11.2017.
- ²² Tagesschau (07.10.2017b): *Streitthema Obergrenze. Merkel mahnt CSU zur Einigung*. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/union-sondierung-105.html>, Zugriff 15.11.2017.
- ²³ Tagesschau (8.10.2017a): *Kompromiss im Unionsstreit. Ein Richtwert – keine Obergrenze*. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/union-obergrenze-107.html>, Zugriff 15.1.2018.
- ²⁴ Tagesschau (8.10.2017b): *Spahn im „Bericht aus Berlin“. „Dieses Land ist bürgerlich wie lange nicht“*. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/spahn-bericht-aus-berlin-101.html>, Zugriff 22.1.2018.
- ²⁵ Tagesschau (08.10.2017a)
- ²⁶ Tagesschau (09.10.2017): *Unionskompromiss zu Flüchtlingen. Grüne und FDP sind skeptisch*. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/union-obergrenze-109.html>, Zugriff 15.11.2017.
- ²⁷ Ebd.
- ²⁸ Vgl. Tagesschau (12.10.2017): *ARD-DeutschlandTrend Mehrheit glaubt an Jamaika*. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-967.html>, Zugriff: 17.11.2017.
- ²⁹ Tagesschau (15.10.2017): *Jamaika-Sondierungen Grüne und FDP stellen Forderungen*, Stand: 15.10.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/jamaika-verhandlungen-105.html>, Zugriff: 17.11.2017.
- ³⁰ Tagesschau (16.10.2017): *tagesthemen-Interview mit Söder. „Jamaika darf kein Eliten-Projekt werden“*. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/soeder->

tagesthemen-101.html, Zugriff 22.1.2018.

³¹ Vgl. Tagesschau (14.10.2017): *Unmut in der CSU. Endphase der Ära Seehofer?* Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/seehofer-469.html>, Zugriff 15.1.2018.

³² Vgl. Tagesschau (19.10.2017b): *Nach der Bundestagswahl Zetern und Zögern in der Union.* Stand 19.10.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/union-127.html>, Zugriff 2.2.2018.

³³ Vgl. Tagesschau (18.10.2017): *Jamaika-Sondierungen. Ein Anfang*, Stand 18.10.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierungen-103.html>, Zugriff 25.11.2018.

³⁴ Tagesschau (18.10.2017)

³⁵ Tagesschau (19.10.2017a)

³⁶ Tagesschau (20.10.2017a): *Start der Sondierungen Hauptsache Jamaika*, Stand: 20.10.2017. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierungen-113.html>, Zugriff: 13.11.2017.

³⁷ Tagesschau (20.10.2017a)

³⁸ Vgl.(ebd.)

³⁹ Vgl. Tagesschau (21.10.2017): *Erste Jamaika-Sondierungen Freundlich, aber zäh*, Stand: 21.10.2017. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierungen-119.html>, Zugriff: 13.11.2017.

⁴⁰ ebd.

⁴¹ vgl. Tagesschau (24.10.2017a): *Sondierungen Jamaika-Parteien reden übers Geld*, Stand: 24.10.2017. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierung-finanzen-101.html>, Zugriff: 13.11.2017.

⁴² Tagesschau (25.10.2017a): *Jamaika-Sondierungen Einigkeit bei "schwarzer Null"*, Stand: 25.10.2017. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierung-finanzen-103.html>, Zugriff: 13.11.2017.

⁴³ Vgl. Tagesschau (25.10.2017b): *Jamaika-Papier zu Finanzen Kampf um die Deutungshoheit*, Stand: 25.10.2017. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierung-finanzen-105.html>, Zugriff: 13.11.2017.

⁴⁴ Vgl. Spiegel Online (2017a): *Jamaika Sondierung. Einigung auf kleinste gemeinsame Nenner*. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/jamaika-sondierung-einigung-auf-kleinste-gemeinsame-nenner-a-1174893.html>, Zugriff 23.1.2018.

⁴⁵ Vgl. Tagesschau (26.10.2017a): *Jamaika-Sondierungen. Mehr vertagt als beschlossen*, Stand: 25.10.2017. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierung-123.html>, Zugriff: 13.11.2017.

⁴⁶ Tagesschau (25.10.2017b)

⁴⁷ Vgl. ZDF heute-Nachrichten (2017): *„Einigung zum Thema Europa“*. Online verfügbar unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-sendungen/einigung-zum-thema-europa-100.html>, Zugriff 25.1.2018.

⁴⁸ Vgl. Spiegel Online (2017a)

⁴⁹ Spiegel Online (2017b): *Sondierungen. Jamaika-Bündis ohne Einigung über Klima und Zuwanderung*. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/jamaika-cdu-csu-gruene-und-fdp-verschieben-verhandlungen-a-1174927.html>, Zugriff 25.1.2018.

⁵⁰ Vgl. Tagesschau (29.10.2017): *Jamaika-Sondierungen. Mit alten Baustellen in die neue Woche*, Stand 30.10.2017. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierung-125.html>, Zugriff: 13.11.2017.

⁵¹ Vgl. Tagesschau (26.10.2017a)

⁵² Ebd.

⁵³ Vgl. Tagesschau (29.10.2017)

- ⁵⁴ Vgl. Tagesschau (30.10.2017): *Jamaika-Sondierungen "Der Pulverdampf ist verflogen"*, Stand: 30.10.2017. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierung-127.html>, Zugriff: 13.11.2017.
- ⁵⁵ Vgl. Tagesschau (31.10.2017): *Jamaika-Sondierungen Zurück im Arbeitsmodus*, Stand: 31.10.2017. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierung-131.html>, Zugriff: 13.11.2017.
- ⁵⁶ Tagesschau (02.11.2017a): *Streit bei Jamaika. Die Liste wird länger*, Stand: 02.11.2017. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierung-137.html>, Zugriff: 13.11.2017.
- ⁵⁷ Vgl. ebd.
- ⁵⁸ Tagesschau (02.11.2017b): *Jamaika und die Agrarpolitik Ackern bis zum Konsens*, Stand: 02.11.2017. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierung-141.html>, Zugriff: 02.11.2017.
- ⁵⁹ Ebd.
- ⁶⁰ Tagesschau (02.11.2017a)
- ⁶¹ Tagesspiegel (2017): *Jamaika-Sondierungen Merkel und Seehofer zeigen sich optimistisch, FDP und Grüne bleiben skeptisch*. In: Tagesspiegel.de vom 03.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/jamaika-sondierungen-merkel-und-seehofer-zeigen-sich-optimistisch-fdp-und-gruene-bleiben-skeptisch/20536744.html>, Zugriff: 21.11.2017.
- ⁶² Vgl. Tagesschau (03.11.2017): *Jamaika-Verhandlungen "Eine lange Liste von Dissensen"*, Stand: 03.11.2017. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/sondierung-jamaika-zwischenbilanz-101.html>, Zugriff: 13.11.2017.
- ⁶³ Tagesschau (05.11.2017): *Lindner zu Jamaika-Sondierungen "Keine Angst vor Neuwahlen"*, Stand 05.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/lindner-sondierungen-103.html>, Zugriff: 16.11.2017.
- ⁶⁴ Tagesschau (04.11.2017): *Jamaika-Sondierungen Schreckgespenst Neuwahl*, Stand: 04.11.2017. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierung-149.html>, Zugriff: 13.11.2017.
- ⁶⁵ Tagesschau (06.11.2017): *Merkel zu Jamaika-Sondierungen Verhandeln statt über Neuwahlen reden*, Stand 06.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/merkel-sondierungen-101.html>, Zugriff: 16.11.2017.
- ⁶⁶ Vgl. Tagesschau (07.11.2017a): *Jamaika-Sondierung Grüne weichen ihre Ziele auf*, Stand: 07.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierung-151.html>, Zugriff: 16.11.2017.
- ⁶⁷ Tagesschau (07.11.2017b): *Jamaika-Sondierungen Zwei Parteien bewegen sich*, Stand: 07.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/sondierung-107.html>, Zugriff: 16.11.2017.
- ⁶⁸ Vgl. ebd.
- ⁶⁹ Vgl. Tagesschau (09.11.2017a): *Jamaika-Sondierungen Özdemir fordert mehr Entgegenkommen*, Stand: 09.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/oezdemir-sondierungen-101.html>, Zugriff: 16.11.2017.
- ⁷⁰ Vgl. ebd.
- ⁷¹ Vgl. Tagesschau (09.11.2017b): *ARD-DeutschlandTrend Jamaika - die Stimmung kippt*, Stand: 09.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-999.html>, Zugriff: 16.11.2017.
- ⁷² Vgl. Tagesschau (10.11.2017a): *Jamaika-Sondierung Die Unterhändler müssen liefern*, Stand: 10.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierungsgespraech-101.html>, Zugriff: 16.11.2017.
- ⁷³ Tagesschau (10.11.2017b): *Jamaika-Sondierung Segel gesetzt, Rahmen entdeckt*, Stand: 10.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierungsgespraech-103.html>, Zugriff: 16.11.2017.

-
- ⁷⁴Vgl. Tagesschau (11.11.2017): *Jamaika-Sondierung "Jeder Preis ist geringer als Neuwahlen"*, Stand: 11.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/jamaika-sondierungsgespraech-105.html>, Zugriff: 16.11.2017.
- ⁷⁵Tagesschau (13.11.2017a): *Jamaika-Sondierungen Das Ziel vor Augen*, Stand: 13.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/jamaika-143.html>, Zugriff: 16.11.2017.
- ⁷⁶Vgl. ebd.
- ⁷⁷Vgl. Tagesschau (13.11.2017b): *Jamaika-Sondierungen Dobrindts nächste Attacke*, Stand: 13.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/dobrindt-243.html>, Zugriff: 16.11.2017.
- ⁷⁸Vgl. Tagesschau (15.11.2017a): *Jamaika-Verhandlungen Endspurt mit strittigen Themen*, Stand: 15.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/jamaika-klima-migration-101.html>, Zugriff: 16.11.2017.
- ⁷⁹Vgl. ebd.
- ⁸⁰Ebd.
- ⁸¹Tagesschau (15.11.2017b): *Jamaika-Sondierungen Kretschmann platzt der Kragen*, Stand: 15.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/jamaika-kretschmann-101.html>, Zugriff: 16.11.2017.
- ⁸²Vgl. Carstens, Peter/Gutschker, Thomas/Haupt, Friederike/Rosenfelder, Lydia/ Zastrow, Volker (2017): *Woran ist Jamaika wirklich gescheitert?* In: FAZ.net vom 27.11.2017, online verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/woran-ist-jamaika-wirklich-gescheitert-innenansichten-eines-gescheiterten-experiments-15312630.html>, Zugriff: 28.11.2017.
- ⁸³Vgl. ebd.
- ⁸⁴Tagesschau (17.11.2017): *Jamaika-Sondierungen Verhandlungen gehen in die Verlängerung*, Stand: 17.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/jamaika-endspurt-103.html>, Zugriff: 17.11.2017.
- ⁸⁵Vgl. Tagesschau (18.11.2017a): *Jamaika-Verhandlungen "Sonntag 18 Uhr ist Schluss"*, Stand: 18.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/jamaika-endspurt-111.html>, Zugriff: 20.11.2017.
- ⁸⁶Vgl. Tagesschau (18.11.2017b): *Jamaika-Verhandlungen Zwei Schritte vor, einen zurück*, Stand: 18.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/jamaika-endspurt-113.html>, Zugriff: 20.11.2017.
- ⁸⁷Vgl. Tagesschau (19.11.2017a): *Jamaika-Sondierungen. Endlich Land in Sicht?* Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/jamaika-endspurt-115.html>, Zugriff 21.11.2017.
- ⁸⁸Vgl. ebd.
- ⁸⁹Vgl. Tagesschau (19.11.2017b): *Jamaika-Sondierungen. Es könnte länger dauern.* Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/jamaika-endspurt-117.html>, Zugriff 21.11.2017.
- ⁹⁰ Vgl. Tagesschau (19.11.2017c): *Jamaika-Sondierungen. Finale.* Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/jamaika-endspurt-121.html>, Zugriff 21.11.2017.
- ⁹¹ Vgl. Tagesschau (20.11.2017a)
- ⁹² Vgl. ebd.
- ⁹³ Vgl. ebd.
- ⁹⁴ Vgl. ebd.
- ⁹⁵ Tagesschau (20.11.2017b): *Nach Jamaika-Aus Steinmeier fordert Gesprächsbereitschaft*, Stand: 20.11.2017. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/steinmeier-jamaika-abbruch-101.html>, Zugriff: 21.11.2017.
- ⁹⁶ Vgl. ebd.